

Griechenland und Eurokrise

Gemeinsame Veranstaltung der Griechischen Gemeinde Heilbronn und attac Region Heilbronn mit Stephan Lindner (Mitglied Koordinierungskreis attac)

Heilbronn Rund 100 Mitbürger fanden sich am Freitag, 31.03.2012, abends zusammen um sich aus erster Hand über die Situation in Griechenland und die so genannte Euro-Krise zu informieren.

Stephan Lindner, Diplom-Politologe und Mitglied im Koordinierungskreis von attac, war dazu eigens aus Berlin angereist. Die gemeinsame Veranstaltung von griechischer Gemeinde Heilbronn und attac Region Heilbronn fand vor dem Hintergrund der Mobilisierung für die Proteste gegen das Kaputtsparen Europas (am Himmelfahrtswochenende 17.-19. Mai 2012 in Frankfurt am Main) statt.

Nach einem kurzen Überblick über die bisherigen Maßnahmen, mit denen die europäischen Regierungen die so genannte Eurokrise überwinden wollen, zeigte Lindner auf, wie diese Maßnahmen nach seiner Meinung eben gerade nicht zu einer Lösung beitragen, sondern die Krise sogar noch weiter verschärfen.

Weder die unteren 99% der Menschen in Griechenland, Spanien und Italien, noch ihre Staaten als Ganzes würden kurz-, mittel- oder langfristig durch das einseitige Sparen etwas gewinnen, sondern im Gegenteil verlieren!

Politik machtlos gegenüber einer kleinen transnationalen Elite

Anschaulich konnte Lindner der Verabschiedung der scheinbar unsinnigen politischen Maßnahmen anhand konkreter Zahlen und Fakten einen neuen – wenn auch erschreckenden – Sinn geben:

Nur eine kleine Elite der bereits Superreichen von gerade mal 1% profitiere zu allen Zeiten von den getroffenen politischen Entscheidungen. Besonders bitter sei dies, weil genau diese Elite es sei, die in der Vergangenheit ein Finanzsystem aufgebaut hätte, das es ihnen auf der einen Seite ermöglichte durch riskante Spekulationen gigantische Profite zu "erwirtschaften" und auf der anderen Seite genau dadurch die aktuelle Krise herbeiführte.

Nach dieser Darstellung hätten nicht mehr unsere gewählten Vertreter das Steuer in der Hand, sondern diese wären – über den Umweg Brüssel – den Weisungen der Superreichen unterworfen. Deshalb nämlich, weil die in Brüssel ansässige professionelle Finanz- und Großkonzernlobby offenbar unseren Parlamentariern näher stünden als wir Bürger dies täten.

Der demokratisch legitimierte Abbau von öffentlichen Dienstleistungen, Gemeinwohl und selbst Demokratie zugunsten einiger Weniger sei leider seit Langem bittere Realität. Bereits jetzt würden auf EU-Ebene Verordnungen und Richtlinien erlassen, die Brüssel die Kontrolle nicht nur wie bereits heute über die Haushalte von Griechenland, Spanien oder Italien geben – sondern über alle Länder der EU. Deutschland eingeschlossen.

Griechenland als neoliberaler Großversuch

Auf großes Interesse stießen Berichte Lindners (von mehreren Athen-Besuchen) und von Mitgliedern der Griechischen Gemeinde. Sie verdeutlichten drastisch die Situation in Griechenland, die hierzulande den Menschen kaum bewusst ist.

Während in Deutschland die Standardmedien weiterhin das Bild von den „faulen Griechen“, die „selbst schuld sind“ zeichnen, sprechen die Fakten eine andere Sprache. Gerade Deutschland spielte und spielt im europäischen Verbund durch seine Politik des Lohndumpings eine unrühmliche Rolle und trägt mit seinem Exportüberschuss große Verantwortung für die Verarmung des europäischen Umlands. Eine Tatsache, die sehr wohl außerhalb Deutschlands thematisiert wird, aber bezeichnenderweise nicht im Inland!

Der Ausverkauf der öffentlichen Güter (Eigentum des griechischen Volkes) läuft auf Hochtouren – die Wasserversorgung von Thessaloniki ist ein aktuelles Beispiel wie Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge zukünftig vorrangig privaten Investoren Profite erwirtschaften sollen.

Immer mehr griechische Unternehmen schließen. Die rasant steigende Arbeitslosigkeit (20% bzw. bei Jugendlichen über 50%) und Perspektivlosigkeit treibt die griechische Bevölkerung ins Ausland. Was uns Deutschen meist nicht klar ist, in Griechenland gibt es keine ausreichenden Sozialsysteme. Entweder unterstützen Familie und Freunde, oder man bleibt sich selbst überlassen.

Hunger und Obdachlosigkeit halten wieder Einzug in Europa, die Nachfrage nach Suppenküchen steigt dramatisch.

„Griechenland ist ein neoliberaler Großversuch, wie man ein Land unter Kontrolle bringt“ – davor warnen die übermittelten Grußbotschaften von Bürgern Griechenlands. Griechenland sie nur der Anfang – „die Deutschen kommen auch noch an die Reihe“ warnen sie. So sei die geforderte Solidarität auch im eigenen Interesse der Deutschen Bevölkerung.

Auswege aus der Krise

Ansätze, die die Eurokrise tatsächlich zu lösen vermögen, erfordern nach Lindner ein grundlegend anderes Handeln.

Für Griechenland selbst fordert attac unter anderem einen Schuldenaudit, bei dem alle Schulden offengelegt und ihre Herkunft geklärt werden müssen. Schulden, die beispielsweise aus Rüstungsgeschäften stammen müssen als illegitim gestrichen werden.

Weiter brauche es eine tiefgreifende Reform des destabilisierenden Finanzsystems durch Regulierung der Finanzmärkte.

Maßnahmen dazu sind unter anderem neben einer echten Finanztransaktionssteuer, die Zerschlagung so genannter systemrelevanter Großbanken, die Trennung von Investmentbanking vom Kreditbanking, die Schließung von Steueroasen, ein Verbot „giftiger“ Finanzprodukte und die Beendigung der Verquickung von Finanzmärkten durch offenen und verdeckten Lobbyismus.

Aufruf zur aktiven Solidarität

Die Veranstaltung endete mit der Aufforderung diese Forderungen aktiv zu unterstreichen und Solidarität mit Griechenland und anderen südeuropäischen Ländern zu zeigen. Gelegenheit dazu bietet sich am weltweiten Aktionstag am 12. Mai und bei den Europäischen Aktionstagen vom 17. bis 19. Mai in Frankfurt am Main, zu denen verschiedene Organisationen europaweit aufrufen und mobilisieren.